



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Asyl: Geltendes Recht anwenden – Keine weitere Überforderung des Systems

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die derzeitigen und zu erwartenden hohen Zuwandererzahlen die Aufnahmefähigkeit Deutschlands und die Belastungsfähigkeit der zuständigen staatlichen Stellen überfordern. Um dem entgegenzuwirken, muss geltendes Recht im Asylbereich wieder konsequent angewandt werden.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, im eigenen Wirkungskreis und auf Bundesebene sich dafür einzusetzen, dass

- zeitnah mindestens 50 Verwaltungsrichter in Bayern eingestellt werden,
- Nichtasylberechtigte konsequent abgeschoben werden,
- das Personal bei Verwaltung und Polizei bedarfsgerecht aufgestockt wird,
- Fluchtursachen in den Herkunftsregionen bekämpft werden,
- die Staaten des westlichen Balkans als sichere Herkunftsländer definiert werden,
- Flüchtlinge innerhalb der Europäischen Union gerechter verteilt werden und
- die Kommunen für ihre Aufwendungen im Bereich Asyl/Flüchtlinge eine volle Kostenerstattung bekommen, auch die Kosten für die künftig anerkannten Asylbewerber.

Begründung:

Der anhaltende Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland erfordert ein Maßnahmenpaket, um die weitere unkontrollierte Einreise in die Bundesrepublik Deutschland einzudämmen. Das internationale Signal von Frau Merkel zur Aufnahmebereitschaft Deutschlands war ein großer Fehler. Geltendes Recht muss endlich konsequent angewendet werden, unerlaubte Einreise darf nicht weiter befeuert werden. Der Freistaat Bayern muss endlich ausreichend Verwaltungsrichter einstellen, um die Asylverfahren zu beschleunigen. Asylanträge sowie Widerspruchsverfahren gegen abgelehnte Anträge müssen zügiger bearbeitet werden, um die rechtlichen Voraussetzungen für Abschiebungen zu schaffen. Hierzu ist auch mehr Personal bei Verwaltung und Polizei nötig. Weiterhin ist es erforderlich, die Fluchtursachen in den Herkunftsregionen zu bekämpfen, um die Anzahl der Asylsuchenden in Deutschland zu verringern. Dazu müssen Krisenregionen stabilisiert, eine UN-Schutzzone in Syrien eingerichtet und die von den Fluchtbewegungen betroffenen Staaten besser unterstützt werden. Zudem müssen die Staaten des westlichen Balkans als sichere Herkunftsländer ausgewiesen werden, um eine Verfahrensbeschleunigung zu erreichen. Dadurch frei werdende Kapazitäten können dazu genutzt werden, denjenigen Schutz zu bieten, die eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Flüchtlinge müssen zudem in der Europäischen Union gerechter verteilt werden. Die kommunalen Aufwendungen der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern müssen von staatlicher Seite voll erstattet werden, auch nach Abschluss der Asylverfahren. Konkurrenzsituationen der Zuwanderer mit der einheimischen, sozial schwachen Bevölkerung muss vorgebeugt werden.